



Neue Schulen braucht das Land

Die neue grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg hat eine neue Schulart – neben Gymnasien, Realschulen, Hauptschulen – geschaffen. Mit diesem Schuljahr hat sie mit etwa 45 «Starter-schulen» begonnen, die vom politischen Willen der jetzigen Koalition getragen sind. Sie sind im Schulgesetz von Baden-Württemberg als «Gemeinschaftsschule» (GMS) verankert und werden als Alternative zum traditionellen «dreigliedrigen staatlichen Schulwesen» verstanden.

Diese Schulart orientiert sich stark am Konzept der Waldorfschulen: Sie beginnt grundsätzlich mit Schuleintritt, führt ihre Schüler ohne Sitzenbleiben durch 13 Schuljahre zu den schulischen Abschlüssen, die den Fähigkeiten ihrer Schüler entsprechen. Notenzeugnisse sollen durch Beurteilungen ersetzt und der Unterricht soll pädagogisch-künstlerisch erteilt werden. Der Übergang von Schülern aus der GMS in die traditionellen Schularten bleibt möglich. Für diese Schulen gelten die alten Schulbezirke nicht, d. h. Eltern können ihre Kinder auch aus anderen Schulbezirken und Wohnorten in solche Schulen schicken – alles (formal) wie bei den Waldorfschulen. Schulen müssen sich, wenn sie Gemeinschaftsschulen werden möchten, dafür beim Ministerium bewerben, d. h. Lehrerkollegium und kommunaler Schulträger müssen dies gemeinsam tun. Für den pädagogischen Weg möchte man von den Erfahrungen der Waldorfschulen lernen, deren Pädagogik als vorbildhaft gesehen wird. Das Kultusministerium in Stuttgart, jedenfalls dessen Leitung, trägt diesen Ansatz.

Für die Lehrerinnen und Lehrer der beginnenden Gemeinschaftsschulen hat die Universität Karlsruhe (KIT) entsprechende Ausbildungsgänge vorbereitet. Am 13. November findet eine Fachtagung «Gemeinschaftsschule und Waldorfpädagogik» in der Mannheimer Waldorfschule statt. Die Amtsleiterin des Kultusministeriums, Margarethe Ruep, wird die Tagung eröffnen. Danach spricht Johann Beichel, der im Lenkungsausschuss des Ministeriums für die neue Gemeinschaftsschule sitzt, als erfahrener Waldorflehrer spricht Claus-Peter Röh, Leiter der Pädagogischen Sektion am Goetheanum. Nachmittags schließen sich Arbeitsgruppen mit praktischen Demonstrationen an. Die Tagung will den Lehrern der Gemeinschaftsschulen Anregungen für einen künstlerisch gestalteten Unterricht geben; nicht gemeint ist dabei, für die Waldorfpädagogik in irgendeiner Weise zu werben. Die Waldorfpädagogen antworten vielmehr auf ihnen gestellte Fragen – so gut sie können.

Das Ganze wird voraussichtlich einen bemerkbaren Effekt in der Öffentlichkeit haben. Die Diskussion um die geplante interkulturelle Schule auf waldorfpädagogischer Basis in Hamburg-Wilhelmsburg zeigt dies derzeit. Für Waldorfschulen in Baden-Württemberg kann diese Entwicklung zur Folge haben, dass sie ein Stück mehr aus «Exotenecke» herauskommen und zunehmend in ihrem förderlichen Beitrag für das Schulwesen insgesamt gesehen werden. «Sektenschulen», wie manchmal gesagt wird, können das nicht leisten! BENEDIKTUS HARDORP UND SEBASTIAN BERG